

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 53 (1974)
Heft: 4

Artikel: Wie sieht es in Kuba aus?
Autor: Reventlow, Rolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338831>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wie sieht es in Kuba aus?

Gunnar Adler-Karlsson, Kuba Report, Europaverlag

Der gewaltsam verstorbene chilenische Präsident Salvador Allende nannte den Kubaner Fidel Castro seinen Freund, verfehlte nicht, ihn nach Chile einzuladen. Im frisch gebügelten Kampfanzug bereiste der wortgewaltige Führer Kubas die chilenischen Lande. Seine Reden passten nicht immer in das Konzept von Allende. Das konnte auch nicht anders sein. In Kuba wurde der Aufstand gegen das militärische Gewaltregime des Diktators Battista im Zeichen der Rückkehr zur demokratischen Verfassung von 1940 nach der Niederlage von Battista zu einer kommunistischen Revolution neuen Stils umfunktioniert. In Chile versuchte dagegen ein demokratischer Sozialist, gestützt auf eine vielschichtige Koalition und eine Konstellation, die ihm bei der Bestätigung als Präsident auch die Stimmen der Christdemokraten gab, eine sozialistische Revolution im Rahmen der überkommenen Verfassung.

In Chile endete das Experiment vorläufig mit einer gegenrevolutionären Rebellion der Mittelschichten, in Aktion umgesetzt durch eine Armee, die weit weniger verfassungstreu war, als Präsident Allende es glauben wollte.

Kuba aber ist noch immer kommunistisch und experimentiert nach der politisch-militärischen die sozial-ökonomische Revolution. Darüber wurde und wird viel geschrieben¹. Der Schwede Gunnar Adler-Karlsson unternimmt nun neuerdings den Versuch einer Analyse des politischen Regimes und der sozio-ökonomischen Verhältnisse auf Kuba, nachdem er dort zehn Wochen verbracht hat. Nicht anders als der Franzose Dumont beschliesst er mit «unglaublich widersprüchlichen» Eindrücken. Ihn begeistert, was man da für die Armen getan hat, Zement für die Böden der primitiven Wohnhütten, Medizin und Ärzte für jedermann, bleibt aber andererseits «als westlicher Volkswirtschaftler tief deprimiert wegen der schlecht gehandhabten Volkswirtschaft». Die Vergleiche, die Adler-Karlsson mit anderen Gegenden Lateinamerikas anstellt, sind nicht immer überzeugend. In Kuba gibt es kein indianisches Problem, keine primitiven Gesellschaftsverfassungen wie in den Urwäldern des Amazonas oder in Guatemala, sind überhaupt die Masse – schon durch die territoriale Begrenzung als Insel – nicht vergleichbar. Und wenn spanisch – in Brasilien portugiesisch – überall die Amts- und Kultursprache darstellt, so sind doch auf dem Kontinent südlich des Rio Grande die vorkolumbianischen Volksgruppen ein Faktum der Bevölkerungsstruktur und Tradition, das in Kuba vollkommen fehlt. Immerhin stellt Adler-Karlsson bei diesen Vergleichen fest, dass es im ausserkubanischen Lateinamerika nicht nur Luxusartikel, sondern auch Be-

¹ Siehe auch: Rolf Reventlow, Ist Kuba sozialistisch? Eine Besprechung des Buches von René Dumont, Cuba est-il socialiste? «Profil» Nr. 3/1971.

darfsartikel in beliebiger Menge gibt, die in Kuba nicht zu beschaffen sind.

Die Frage, die dem Agrarwissenschaftler linkssozialistischer Grundauffassung René Dumont während der Abfassung seines Berichts über Kuba kam: «Ist Kuba sozialistisch?», stellt sich für den schwedischen Professor nicht. Er geht davon aus, dass Fidel Castro Sozialist ist, den Sozialismus anstrebt und durch seine Politik den nordamerikanischen Imperialismus in Frage gestellt hat. Das alleine sei schon ein Verdienst. Dennoch kommen ihm Bedenken. Da ist beispielsweise das im April 1971 erlassene Gesetz gegen Arbeitsscheue, das die Internierung in einer «Anstalt für Umerziehung» bis zu zwei Jahren für Männer zwischen siebzehn und sechzig Jahren vorsieht, falls diese keine feste Arbeit haben oder sich an keiner Schule aktiv betätigen oder der Arbeit unentschuldig fernbleiben. Adler-Karlsson nennt dies ein «für unsere Begriffe äusserst hartes Gesetz». Somit war er auch, nach eigenen Worten, ein wenig erschreckt. Und somit meditiert er in einer Weise, die leider typisch ist für all jene Menschen, die sich von der sozialistischen Etikette totalitärer Herrschaftssysteme allzuleicht vernebeln lassen. Er meint nämlich, *wenn* dadurch Menschen bewogen würden, nach besten Kräften zu arbeiten, um die kubanische Produktion zu erhöhen, dann sei alles gut. Der Rezensent fühlt sich bewogen, hier absoluten Widerspruch anzumelden. Kein Zwangarbeitslager ist, kann gut sein, weder das des Iwan Denissowitsch noch jenes Buchenwald, auf dessen Tor der blanke Hohn mit den Opfern des Regimes in den Worten «Arbeit macht frei» zum Ausdruck kam. Sicherlich wird es in den kubanischen Lagern keine Gaskammern, keine Krematorien geben, wie Hitler sie bauen liess. Möglicherweise sind sie im inneren Regime sogar milder als die sowjetischen Lager mit verschärftem Regime, die es immer noch für Dissidenten und andere Übeltäter gibt. Aber ändert dies etwas an der Tatsache, dass hier Menschen auf dem Weg der Verwaltungsanordnung ihrer Freiheit beraubt und zu Zwangsarbeit gepresst werden? Gibt es irgendeine Art sozialistischer Ordnung, die Menschen zu Sklaven zu machen befugt ist? Hier liegt wohl jene Trennungslinie zwischen totalitärem Kommunismus und demokratischem Sozialismus, die für Adler-Karlsson nicht oder nur sehr ungenau trassiert erscheint. Solche Überlegungen sind für Adler-Karlsson eine Art antikommunistische Propaganda, die behauptet, das Land Kuba sei in einem Prozess der Militarisierung oder gar Stalinisierung begriffen. Nun, der Begriff «Stalinisierung» ist wohl schwerlich genau zu fassen. Sicherlich begann sich zu Stalins Zeiten in der Sowjetunion ein Mehr an Unrechtigkeit als heutzutage in der UdSSR. Aber Arbeitslager gibt es noch immer, und Irrenhäuser, die nicht nur für wirklich Geisteskranke verwendet werden, wohl auch. Der schon erwähnte René Dumont ist nun wahrlich kein «Antikommunist» im bürgerlichen Sinne – oder etwa im Sinne der chilenischen Militärjunta –, beschreibt aber sehr ausführlich, wie die gesamte landwirtschaftliche Produktion in diesem kleinen Lande von Kommandoposten (*puestos de mando*) aus dirigiert wird, wie den landwirt-

schaftlichen Arbeitern weder Mitbestimmen noch auch nur Mitdenken gestattet ist, wie die Unteroffiziere an der Spitze der Arbeitsbrigaden sichtbar einen Revolver tragen. Der Autor vom Kuba-Report ist von Vorstellungen beherrscht, die ihn hindern, das – für demokratische Sozialisten bestehende – Problem zu sehen; ist das nun wirklich ein Weg zum Sozialismus? Kritik ist für ihn gleichbedeutend mit antikubanischer Propaganda, also eigentlich Hilfsstellung für den nordamerikanischen Imperialismus. Dieser drückt sich für ihn nicht nur in der – zweifellos in Lateinamerika weitgehend vorhandenen, aber nicht überall herrschenden – wirtschaftlichen Vormachtstellung der USA aus. Er schliesst auch Nebenumstände mit ein, die nachzuprüfen kaum möglich sind, die auch keine Allgemeinerscheinung waren oder sind. Einst, so meint Adler-Karlsson, bestellten diese bösen Yankees Zimmer in Havanna grundsätzlich mit «dazugehörigem Mädchen». Und in Rio, wo ihn, zweifellos zu Recht, der Luxus der oberen sozialen Schichten störte, fliegen auch nicht alle besser gestellten Männer nach Paris, «um ihre Frauen mit den neuesten Abendkleidern und Diamantenschmuck von Givenchy und Dior aufzuputzen». Er hätte gut getan, sich auf dieser Reise durch Lateinamerika auch ein klein wenig in dem – allerdings sehr kleinen – Costa Rica aufzuhalten, wo ein parlamentarisches Regime herrscht, keine Armee existiert und die Kaffeebauern sich – mit Kredithilfen der Staatsbank – in Genossenschaften organisierten und Bananenkapitalisten kein sonderlich leichtes Leben haben.

So gesehen wird man dem Autor kaum in der Schlussfolgerung folgen können, es gelte für Lateinamerika (politisch) zwischen Sozialismus und Liberalismus, zwischen Kuba und Brasilien zu wählen, denn Kuba und China hätten gezeigt, dass man mit einer Revolution und einer harten politischen Diktatur ein hohes Mass an wirtschaftlicher Demokratie herbeiführen könne. Auch in Entwicklungsländern wird man denkende Menschen finden, die dieses politisch-soziale Hexeneinmaleins nicht für schlüssig erachten, noch werden Europäer der Auffassung zustimmen, dass ihre Vorstellungen auf einer «höchst anomalen Wirklichkeit» beruhen. Es ist doch wohl zulässig, die wirtschaftliche Wirklichkeit hochindustrialisierter, weniger industrieller oder unterentwickelter Wirtschaftsbereiche nicht in die kaum fassbar darzustellenden Normen von «normal» und «anomal» einzuteilen.

Eine ganz andere Frage ist die der nordamerikanischen Politik im lateinamerikanischen Bereich und nicht zuletzt im karibischen Raum. Sie gibt wohl zu vielen ablehnenden Kommentaren reichlich Anlass, auch und gerade im Fall Kuba, von der Unterstützung der Schweinebucht-Invasion bis zum Nickelembargo und der allzu grosszügigen Unterstützung der kubanischen Emigration. Das allerdings ändert wenig an der Tatsache, dass das Kuba von Fidel Castro nur eine wirtschaftliche Abhängigkeit gegen eine andere eingetauscht hat. Sonderbar mutet allerdings die Frage an, die der Autor sich wohl selbst stellte, ob es nämlich, um Lateinamerika – das

wahrlich keine Einheit darstellt – aus seinem unerfreulichen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Zustand herauszuführen, einen «dritten Weg» gibt oder – so Adler-Karlsson – «die hegelianische Dialektik der Marxisten unvermeidlich sei». Offenbar rechnet sich der Verfasser nicht zu den Marxisten, sonst hätte er wohl von vorneherein den Verdacht entkräftet, dass Fidel Castro, der Führer, etwa ein dialektisch denkender Marxist sei.

Rolf Reventlow

Tatsache hier in Frankfurt ist, dass ich nicht nur mit den Stimmen der Sozialdemokraten, sondern von einer grösseren Gruppe zum Oberbürgermeister gewählt worden bin und dass einige Sozialdemokraten, interessanterweise meistens diejenigen, die oft das imperative Mandat im Munde führen, leider nicht für mich gestimmt haben.

Rudi Arndt, Oberbürgermeister (SPD) der Stadt Frankfurt a. M.
